



Wichtige rechtliche Grundlagen

Mit der Einführung der Einheitsmittelschule werden im Jahr 1962 italienweit auch die Förderung des Individuums und die Unterstützung der Jugendlichen bei der Schul- und Berufswahl durch Orientierungsmaßnahmen gesetzlich verankert. Der Orientierungsauftrag der Mittelschule wird auf Landesebene im **Landesgesetz Nr. 48/1983** „Lehrpläne, Stundentafeln und Prüfungsordnung für die Mittelschule in der Provinz Bozen“ ausführlich definiert.

Neue Ansätze und Schwerpunkte dieses Auftrages sind in der **Ministerialrichtlinie Nr. 487/1997** verankert, die den Aspekt der Bildungsorientierung, im Sinne einer Stärkung der Selbstorientierungskompetenz der Jugendlichen hervorhebt.

Das Landesgesetz **Nr. 12/2000** „Autonomie der Schulen“ weist auf zweckmäßige Initiativen zur Orientierung und Neuorientierung von Schülerinnen und Schülern hin.

Im **Gesetz Nr. 53/2003** zur „Schulreform“ und im **Landesgesetz Nr. 5/2008** „Allgemeine Bildungsziele und Ordnung von Kindergarten und Unterstufe“ ist der schulische Auftrag zur Bildungsorientierung durch Individualisierung des Lernens, durch Persönlichkeitsstärkung und Förderung der Selbstorientierungskompetenz der Jugendlichen verankert.

Auf Landesebene gehen die ersten Bemühungen, einen Berufsberatungsdienst zu errichten auf die fünfziger Jahre zurück. Nach der Eröffnung der ersten Berufsberatungsstellen im Jahre 1959 wird 1960 der Berufsberatungsdienst rechtskräftig ins Leben gerufen. Das **Landesgesetz Nr. 15 vom 4. Mai 1988 regelt die Ausbildungs- und Berufsberatung** und stellt mit einigen Abänderungen noch heute die Basis für die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung in Südtirol dar. Es definiert die Zielsetzung, Zielgruppen und die Aufgaben des Landesamtes:

Art. 1 (Zielsetzung der Ausbildungs- und Berufsberatung)

(1) Das Land Südtirol fördert die Ausbildungs- und Berufsberatung, um das Recht auf Bildung und Arbeit und auf freie und überlegte Ausbildungs- und Berufswahl zu gewährleisten.

(2) Die Ausbildungs- und Berufsberatung bietet einen umfassenden gemeinnützigen Dienst durch Information und Fachberatung an,

Art. 2 (Zielgruppen) (1) Die Ausbildungs- und Berufsberatung bietet ihren Dienst allen Personen an, die sich mit Ausbildungs- und/oder Berufsfragen auseinanderzusetzen haben.

Art.3 (Ämter für die Ausbildungs- und Berufsberatung und ihre Aufgaben) (2) Das Amt für Ausbildungs- und Berufsberatung und die Ausbildungs- und Berufsberatungsstelle haben folgende Aufgaben:

a) Allgemeine Information und Beratung in den Bereichen Schule, Beruf, Wirtschaft und Arbeit;

h) Zusammenarbeit mit Schulen, Trägern der Berufsausbildung und Berufsförderung sowie mit Einrichtungen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich;

Art. 5 (Öffentlicher Beratungsdienst und Zusammenarbeit) (2) Das Amt für Ausbildungs- und Berufsberatung und die Ausbildungs- und Berufsberatungsstelle arbeiten mit den Mittel- und Oberschulen, mit den Berufs- und Fachschulen und mit all jenen öffentlichen und privaten Einrichtungen im In- und Ausland zusammen, die Information und Unterlagen anbieten, die für die



Ausübung der Beratungstätigkeit dienlich sind. Zu diesem Zweck können Vereinbarungen getroffen werden, in denen die Art und die Inhalte der Zusammenarbeit geregelt werden.

(6) Das Amt für Ausbildungs- und Berufsberatung und die Ausbildungs- und Berufsberatungsstelle gewährleisten den Schulen die nötige Beratung, die erforderlichen Unterlagen und Informationen in den Sachbereichen der Ausbildungs- und Berufsberatung; dabei ist der Lehrfreiheit des Unterrichtspersonals und der Unabhängigkeit der Schulen in Didaktik und Verwaltung Rechnung zu tragen, wie dies die einschlägigen Rechtsvorschriften vorsehen.

Beschluss der Landesregierung vom 19. Jänner 2009 Nr. 81:

Laut Beschluss der Rahmenrichtlinien des Landes für die Unterstufe sollen Schüler:innen am Ende der 3. Klasse Mittelschule sich für die eigene berufliche Laufbahn orientieren, Berufs- und Ausbildungswege kennen. (vgl. Seite 31 Beschluss der Landesregierung Nr. 81/2009)

Ministerialrichtlinie Nr.487/1997 „Orientierung von Schülerinnen und Schülern“: Aufgabe aller Schulstufen und Bildungseinrichtungen

Legislativdekret Nr.76/2005 Bildungsrecht und Bildungspflicht bis 16: Orientierung und Neuorientierung.

Legislativdekret Nr.77/2005 Zusammenarbeit Schule-Arbeitswelt: (Orientierungs-)Praktika und andere Formen der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft

Staatsgesetz 27.12.2006, Nr. 296 Schul- und Bildungspflicht: Recht auf Bildung und Bildungspflicht: Jugendliche sind verpflichtet, für mindestens zwölf Jahre oder bis zur Erlangung einer mindestens dreijährigen Qualifikation innerhalb des 18. Lebensjahres eine Schule zu besuchen bzw. einer Ausbildung (z.B. Lehre) nachzugehen.

Landesgesetz Nr. 5/2008: Art. 1 (11) Die Landesregierung . legt Richtlinien für Maßnahmen zur Bildungsorientierung, zur Vorbeugung und Vermeidung von Schulabbrüchen fest, um die vollständige Verwirklichung des Bildungsrechts und der Bildungspflicht zu gewährleisten.

Art. 17 (3) Die Schulen unterstützen die Beteiligung und Selbstreflexion der Schülerinnen und Schüler und gewährleisten im Rahmen ihrer didaktischen und organisatorischen Autonomie der einzelnen Schülerin und dem einzelnen Schüler eine individuelle Lernberatung und Orientierung sowie eine Dokumentation der Kenntnisse und Kompetenzen.

Landesgesetz 11/2010 Die Oberstufe des Bildungssystems des Landes Südtirol Art.7: Orientierung, Bildungskontinuität und Durchlässigkeit.

Der **Beschluss der Landesregierung Nr. 244 vom 07. April 2020** und der **Beschluss der Landesregierung Nr. 255 vom 15. April 2020 (ladinische Schulen)** sieht die Verankerung der Berufsorientierung im fächerübergreifenden Lernbereich Gesellschaftliche Bildung im Unterbereich Persönlichkeit und Soziales vor.